

- Europawahlen Mai 2014 – Offener Brief an die Kandidaten

Liebe Kandidaten/innen für die Vertretung der Europäischen Bürger von 2014 bis 2019. Sie möchten gewählt werden, um unsere Interessen und die fundamentalen Rechte vor der höchsten europäischen, demokratischen Instanz zu verteidigen: dem Europaparlament

Wir repräsentieren Tausende von europäischen Bürgern in Dutzenden von Vereinigungen. Leider gehören wir auch zu dem großen Prozentsatz solcher Bürger, die das Vertrauen in unsere europäischen Institutionen und politischen Vertreter verloren haben. Wir glauben, daß der größte Teil der Repräsentanten, zum Nachteil der Bürger, leider nur den Wirtschaftsinteressen dienen. Wenngleich wir in der Vergangenheit mit einer gewissen Hoffnung gewählt haben, heute sind wir enttäuscht und möchten keine weiteren Blankovollmachten ausstellen. Daher möchten wir wissen, was Sie bereit sind für die Europäischen Bürger angesichts einer sehr wichtigen Angelegenheit zu tun:

Klimamanipulationen sind eine erwiesene Tatsache und wurden von unseren Organisationen im letzten Jahr im Europaparlament dargestellt.

Ein Beispiel der institutionellen Gleichgültigkeit und Geringschätzung der Bürger

Unterstützt von der EU-Abgeordneten Frau Tatjana Zdanoka, legten auf einer Konferenz Organisationen aus 17 Ländern der Europäischen Union am 8. und 9. April 2013 dem Europaparlament ihre Sorgen vor: über die stillschweigend stattfindenden Aerosol-Besprühungen des europäischen Himmels im Rahmen fortlaufender und illegaler Programme der Klimamanipulation und des Geoengineering, die trotz einer Beschlussfassung vom 14. Januar 1999 des Europaparlaments zu "Umwelt, Sicherheit und Außenpolitik" durchgeführt werden. Diese Beschlussfassung basierte auf dem Gutachten A4-005/99 des Ausschusses für Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung. Punkt T des dazugehörigen Paragraphen über "HAARP – ein militärisches Waffensystem mit zerstörerischen Konsequenzen für das Klima" macht die Gefahr deutlich:

'trotz der bestehenden Abmachungen wird vom Militär weiterhin Umweltbeeinflussung als Waffe erforscht, wie uns z.B. die in Alaska stationierte HAARP-Anlage zeigt. Dieses Waffensystem zerstört das Klima und ist außerhalb jedes legalen Rahmens. HAARP ist eine Bedrohung von globalem Ausmaß und muss als ernsthafte Bedrohung für die Umwelt angesehen werden, mit unkalkulierbaren Auswirkungen für das menschliche Leben.'

Unsere Konferenz trug den Titel "Zivilgesellschaft gegen Geo-Engineering: Jenseits der Theorien von Klimabeeinflussung" ("Beyond Theories of Weather Modification – Civil Society against Geo-Engineering", siehe : 1 und 2 und 3). Alle Mitglieder des Parlaments aller politischen Gruppierungen waren eingeladen, und trotz der Dringlichkeit dieses Themas ist NIEMAND gekommen. Zur einberufenen Presse-Konferenz erschien kein einziger Vertreter der öffentlichen Medien.

EINE NEUE HOFFNUNG

Im Anschluss an die Konferenz wurde dem Petitionskomitee des Europäischen Parlaments eine Petition präsentiert, die ein unabhängige Untersuchung der Tatbestände fordert, die ohne Wissen und Zustimmung der Bürger, und unter völliger Missachtung jeglicher Vorsichtsmaßnahmen stattfinden. Diese Petition zeigt die Verletzung der fundamentalen und in Abkommen definierten Rechte der europäischen Bürger an: das Recht auf Gesundheit, auf Sicherheit, Recht auf Integrität, das Recht informiert zu sein über Umweltbelange und Verbraucherschutz. **DIESE PETITION WURDE, WIE WIR GERADE ERFAHREN HABEN, AKZEPTIERT!** (Informationen : www.skyguards-net.org)

Die zivile Gesellschaft freut sich über den Hoffnungsschimmer durch die Entscheidung des Europaparlaments. Der bevorstehende Wechsel der Parlamentarier wirft Fragen auf, die wir vor dem 25. Mai klären möchten. Angesichts der Ernsthaftigkeit einer Situation, die einen verfassungswidrigen Angriff auf die nationale Hoheit sowie die Ernährungsunabhängigkeit einschliesst, möchten wir von Ihnen, den **Kandidaten/innen** 2014, wissen, ob Sie sich bereit erklären, (1) das Petitionskomitee in seiner Entscheidung voll zu unterstützen, unabhängig alle Fakten zu untersuchen, (2) eine öffentliche Debatte ins Leben zu rufen, (3) ein Gesetz zu erlassen, das diese Aktivitäten in Europa verbietet und gewährt, daß jede Nation seine eigene Lufthoheit zurück erwirbt; (4) ein Gesetz zu erlassen, daß die militärischen Forschungsprogramme der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden; und (5) die völlige Inkraftsetzung des Beschlusses des Europaparlamentes zu "Umwelt, Sicherheit und Außenpolitik" zu fordern. Wir hoffen bald von Ihnen zu hören, und rechnen mit Ihrer Unterstützung. Hochachtungsvoll.

Josefina Fraile Martín - Terra SOS-Tenible / G. Chiesa Ex-Parlamentarier des Europäischen Parlaments 2004-2009 / Alternativa



per governare il cambiamento